

## KGW's Rundschreiben

### Deutschland, Europa und die Welt

1995 kippte das Bundesverfassungsgericht die **Vermögenssteuer** (VSt) mit der Begründung, veraltete Bewertungsmaßstäbe müssten aktualisiert werden. Das tat die damalige Regierung Kohl allerdings nicht und so lief diese Steuer aus. Wir stehen kurz vor der Bundestagswahl. Die SPD, die Grünen und die Linken gehen mit erneuter Einführung der VSt auf Stimmenfang. Jedes Jahr müsste ein Wahljahr sein, denn in dem gibt es keine Steuererhöhung. Nach den Wahlen allerdings zeigt sich, dass die Steuern Blutkreislauf des Staates sind. Wenn man die jährlichen Steuerzahlungen addiert, muss man beim Griff in die eigene Tasche feststellen, dass die öffentliche Hand schon vorher drin war. Dass die breite Bevölkerung diese Steuer begrüßt, versteht sich von selbst, denn es würde den „Reichen“ an den „Geldsack“ gehen. Ohnehin ist Deutschland Hochsteuerland. 2020 betrug die nominale Ertragssteuerbelastung bei Kapitalgesellschaften:

- Deutschland 31,3%
- USA 25,8%
- OECD Durchschnitt 23,5%
- Großbritannien 19%
- Ungarn 9%

Vorbild für die Einführung der VSt soll für die Befürworter die Schweiz sein. Tom Friess von der Münchener Niederlassung des Schweizer Finanzdienstleisters VZ Vermögenszentrum: „Die Steuersysteme sind grundsätzlich verschieden“. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat bei Einführung der VSt eine Steuerbelastung der Unternehmen bis 79% errechnet. Für den Standort Deutschland wäre das ein schwerer Schaden. Hinzu käme der immense Bürokratieaufwand, der ein Drittel der Einnahmen (17-24 Mrd. €) fressen würde. Schon heute befassen sich künftig Betroffene mit dem Modell einer Stiftung in Liechtenstein, um sich vor dem Fiskus zu retten. Wie sagte schon Herr Abs<sup>1</sup>: „Das Geld ist wie ein scheues Reh“. Sollte der künftige Kanzler Armin Laschet heißen, wird der voraussichtlich wichtigste Mann in seinem Team Friedrich Merz (CDU) heißen. Er hat sich schon heute festgelegt: Das Steuersystem muss umgebaut werden; ich lasse mit mir über eine veränderte Erbschaftsteuer, aber nicht über Einführung einer Vermögensteuer sprechen.

Man schrieb 2017, als China seine Grenzen für ausländischen **Abfall** schloss.

Ob es nun die 2. Hälfte 2020 oder bereits 2021 war, niemand bekam etwas davon mit, dass die türkische Abfallwirtschaft das Lied „Return to Sender“ (ursprünglicher Sänger: Elvis Presley) anstimmte und ca. 400 Container und über 140 Container in türkischen Häfen stoppte. Die wollte man wieder nach Deutschland zurückschicken. Der Logistiker BRS<sup>2</sup> wollte sie zum recyceln an 2BPlast, Düzce / Türkei schicken. Allerdings war die Firma in Zahlungsrückstand, baute die Anlagen

<sup>1</sup> Hermann Josef Abs (\* 15.10.1901 † 05.02.1994) war ein deutscher Bankier und von 1938 bis 1945 Vorstandsmitglied, von 1957 bis 1967 Vorstandssprecher sowie von 1967 bis 1976 Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank AG. (Quelle: Wikipedia)

<sup>2</sup> Die BRS GmbH Logistik ist ein Transportunternehmen im Chiemgau / Rupertigau

ab und deponierte sie an einem nicht bekannten Ort. Mitten in diesem Skandal die Entsorgungsfirma Alba mit ihrem Geschäftsführer Eric Schweitzer (lange Zeit Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags). Unter seinem Namen sponsort Alba das Berliner Basketballteam in der Bundesliga. Alba ist der größte Betreiber von Sortieranlagen und Plastikmüll in Deutschland und einer der größten Lieferanten von 2BPlast. Mit im 2BPlast-Boot sitzt der Geschäftsführer des Zwischenhändlers 3B GmbH Erol A., der Sortieranlagen in Deutschland kauft und für die Logistik zur Firma 2BPlast zuständig war. Noch 2019 wurde 2BPlast von einem deutschen Umweltgutachter zertifiziert. Das Bundesumweltministerium will künftig dubiose Verwertungswege blockieren und Verstöße gegen das Abfallrecht mit Strafen belegen.

Jens Hanke ist Gründer des Berliner Start-Ups Graforce, welches Wasserstoff aus Schmutzwasser gewinnen will. Bereits seit 9 Jahren wird in Berlin-Adlershof in einer Demonstrationsanlage getestet. Schmutzwasser aus Kläranlagen, Gülle, Hühnerkot und Gärrestwasser aus Biogasanlagen ist der Ausgangsstoff. Mit Hilfe von Solar- und Windstrom wird in der Anlage ein starkes elektrisches Feld erzeugt, wodurch auf der Wasseroberfläche ein leitfähiges Gas aus geladenen Teilchen entsteht. Dadurch werden die Kohlenstoff- und Stickstoffverbindungen, die im Abwasser enthalten sind (z.B. Harnstoff oder Ammonium), in Wasserstoff und weitere wertvolle Industriegase wie Stickstoff und Kohlenstoffdioxid aufgespalten. Die Gase werden in verschiedene Behälter geleitet, die weiter an Kunden transportiert werden. Mit dem Verfahren soll 1 kg Wasserstoff ca. 3 € kosten, während bei der Elektrolyse das Doppelte an Kosten entsteht. Weitere Pilotanlagen gibt es auf dem Dach des Moa-Hotels (Mercury-Gruppe). Die Übernachtungsgäste finanzieren das mit einer freiwilligen Sonderabgabe. Laut Jens Hanke funktioniert sein Verfahren auch mit Kunststoffabfällen (aus einer Müllwagenladung mit ca. 20 Tonnen lässt sich eine Tonne Wasserstoff abzweigen). In Deutschland fallen pro Jahr ca. 6 Mill. Tonnen Kunststoffabfälle an, die zu ca. 14% aus Wasserstoff bestehen. Auch RWE plant in Chemelot / Niederlande eine Wasserstofferzeugung aus Haushaltsreststoffen. In Polen will das britische Unternehmen PowerHouseEnergy grünen Wasserstoff und Strom aus Plastikmüll gewinnen.

Mehr als 2 Jahre haben die Umweltschützer auf den Straßen für **Klimaschutz** protestiert. Vorneweg die Bewegung Fridays for Future. Die Ziele, die ihnen dort verwehrt blieben, haben sie allerdings mit ihrer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht erreicht. Man kann es nach dem Urteil kaum glauben, aber ca. 2 Wochen später beschloss die Große Koalition den „Klimapakt Deutschland“. Bis 2030 soll der CO<sub>2</sub>-Ausstoß (gegenüber Stand 1990) um 65% sinken. Es überrascht nicht, dass Klimaschutzorganisationen postwendend deutliche Nachbesserungen gefordert haben. Das Ölzeitalter scheint Vergangenheit zu sein und wird ersetzt durch Solar, Wasserstoff (Formel H<sub>2</sub>) und Wind. Schon heute verändern die Ölmultis ihre Geschäftsmodelle und investieren viele Milliarden in erneuerbare Energien. Für sie ist schon heute klar, dass man die bisherigen großen Gewinne „abspecken“ muss, weil die künftigen Margen geringer sein werden. Mit dem von der Bundesregierung erlassenen Gesetz will Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier die „Brücke in ein klimaneutrales Zeitalter“ beschreiten. Wie er sich auch anstrengt, wird es eine „Klimaneutralität“ nicht geben, denn auch künftig werden Treibhausgase ausgestoßen. Stattdessen sollen die Effekte von „Senken“, die CO<sub>2</sub> aus der Luft holen, mit Emissionen verrechnet werden, die nicht vermeidbar sind (natürliche „Senken“ = Moore und Wälder). Noch in diesem Monat will die GroKo das „Sofortprogramm 2022“ auflegen und es mit bis zu 8 Mrd. € ausstatten. Aus der Wirtschaft kommt massive Kritik, weil der Gesetzgeber zwar Klimaziele vorgegeben hat, aber sich ausschweigt, wie man sie erreicht. Das überstürzt ins Leben gerufene Gesetz wird für Wirtschaft und Gesellschaft erhebliche Mehrkosten verursachen.

Der Verkaufsboom bei Elektro- und Plug-In-Hybrid-Autos bewirkt lange Lieferzeiten der Autohersteller. Im April dieses Jahres wurden gut 50.000 Elektroautos (ca. 24.000 voll elektrisch, der Rest Plug-In-Hybride) zugelassen. Kann man aus dem Bundesverkehrsministerium (unter Minister Andreas Scheuer) etwas Anderes erwarten, als mit dem Schnellladenetzen hinterherzuhinken? Per Gesetz will man noch in diesem Monat ein öffentliches Gleichstromladenetzen beschließen. Mit 2 Mrd. € sollen bis 2023 1.000 Ladeparks aufgebaut werden. Die Stromsäulen sollen bis zu 30-mal schneller laden als die Wallbox zu Hause. Am 12. dieses Monats wurde (erneut überstürzt) die Ladesäulenverordnung beschlossen. Man muss nachbessern, weil in die Ladesäulen kein EC-Kartenlesegerät installiert wurde.

Es scheint, dass Wasserstoff die Lösung für alle künftigen Probleme ist. In Deutschland hat man sich für den klimafreundlichen grünen Wasserstoff entschieden. Er entsteht mittels Strom aus Wind-, Wasser- oder Solarkraft, wenn Wasser in einem Elektrolyseur in Wasser- und Sauerstoff aufgespalten wird. Sein Vorteil: Er kann wie Kohle oder Öl gelagert werden. Der Nachteil: Seine Produktion kostet viel Energie. Also ist das Projekt Grüner Wasserstoff nur umsetzbar, wenn massenhaft grüner Strom verfügbar ist. Gemäß einer Bloomberg-Studie kostet der Aufbau einer globalen Infrastruktur für grünen Wasserstoff 9 Billionen €. Vielleicht haben die Grünen Zusatzinformationen, weil sie lediglich den Kernsatz in ihr Wahlprogramm geschrieben haben: „Es gilt, Wasserstoff dort zum Einsatz zu bringen, wo er wirklich gebraucht wird“. Der Kanzlerkandidat der CDU Armin Laschet glaubt, dass in 30 Jahren Elektromobile keine vorherrschende Position haben, sondern bereits die meisten 2025 mit Wasserstoff fahren. Weltweit sind aktuell 15.000 Wasserstoffautos zugelassen. Denen stehen 11 Mio. Elektroautos gegenüber. Daimler hat Wasserstoff für PKWs aktuell als erledigt abgelegt. Ab 2027 denkt man über flüssige Betankung von Wasserstoff-Sattelschleppern nach. Es sollten aber Tanksäulen zur Verfügung stehen, deren Installation z.Zt. 4-5 Mio. € kostet. In Relation eine Ladesäule für 2 Batterie-LKWs: 80.000 €.

In Deutschland und auf EU-Ebene laufen Untersuchungen, Teile des Erdgasnetzes für Wasserstoff zu nutzen. Die Regierenden haben die Verantwortung, sich für ein System einzusetzen, das für die gesamte Wirtschaft effizient ist. Unsere Wettbewerbsfähigkeit - und das ist der Oberbegriff - muss auch in der Zukunft erhalten bleiben.

Der weltweite Klimaschutz wird den Bedarf von Wasserstoff drastisch steigen lassen. Im Juni 2020 verabschiedete die deutsche Regierung die „Nationale Wasserstoffstrategie“. Darin wurde für 2030 als Ziel vorgegeben, jährlich 14 TWh<sup>3</sup> grünen Wasserstoff herzustellen. Der Bedarf in Deutschland wird auf 90-110 TWh (Tendenz steigend) geschätzt, deshalb bleibt nichts anderes übrig, als zu importieren. Die Strompreise machen z.Zt. 60-70% der variablen Kosten bei der Herstellung von grünem Wasserstoff aus. Voraussetzung ist ein Strompreis aus erneuerbaren Quellen unter 20 US\$ (ca. 16,40 €) je Megawattstunde (MWh<sup>4</sup>) und ein weltweiter Anstieg der CO<sub>2</sub>-Abgaben. Bei aller Euphorie ist die Politik gefragt, um mit Rahmenbedingungen (z.B. EEG-Umlagebefreiung) Träume in der Zukunft wahr werden zu lassen. Nur mit starker Unterstützung wird es die Wasserstoffwirtschaft schaffen, in Gang zu kommen. Kurzfristig wird mit Wasserstoff kein Geld verdient. Nach einer Berechnung von PwC-Experten werden für die Produktion von 1 kg Wasserstoff ca. 22 Liter Wasser (an dem Einsatz von Salzwasser wird geforscht) gebraucht. Ein Blick nach Frankreich, die auf dem Weg zur Klimaneutralität bis 2050 auf Atomenergie setzen. Frankreichs Wirtschaftsminister Bruno Le Maire und 6 östliche EU-Länder machen Druck, damit die Atomkraft als „nachhaltige Investition“ angesehen und mit EU-Mitteln gefördert wird. Frankreich deckt 70% seines Energiebedarfs durch Atomkraft (angestrebt bis 2035 auf 50%). Da Frankreich ab 01.01.2022

<sup>3</sup> TWh = Terrawattstunde

<sup>4</sup> MWh = Megawattstunde

die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt, sind schon heute „Reibereien“ mit den deutschen Grünen vorprogrammiert.

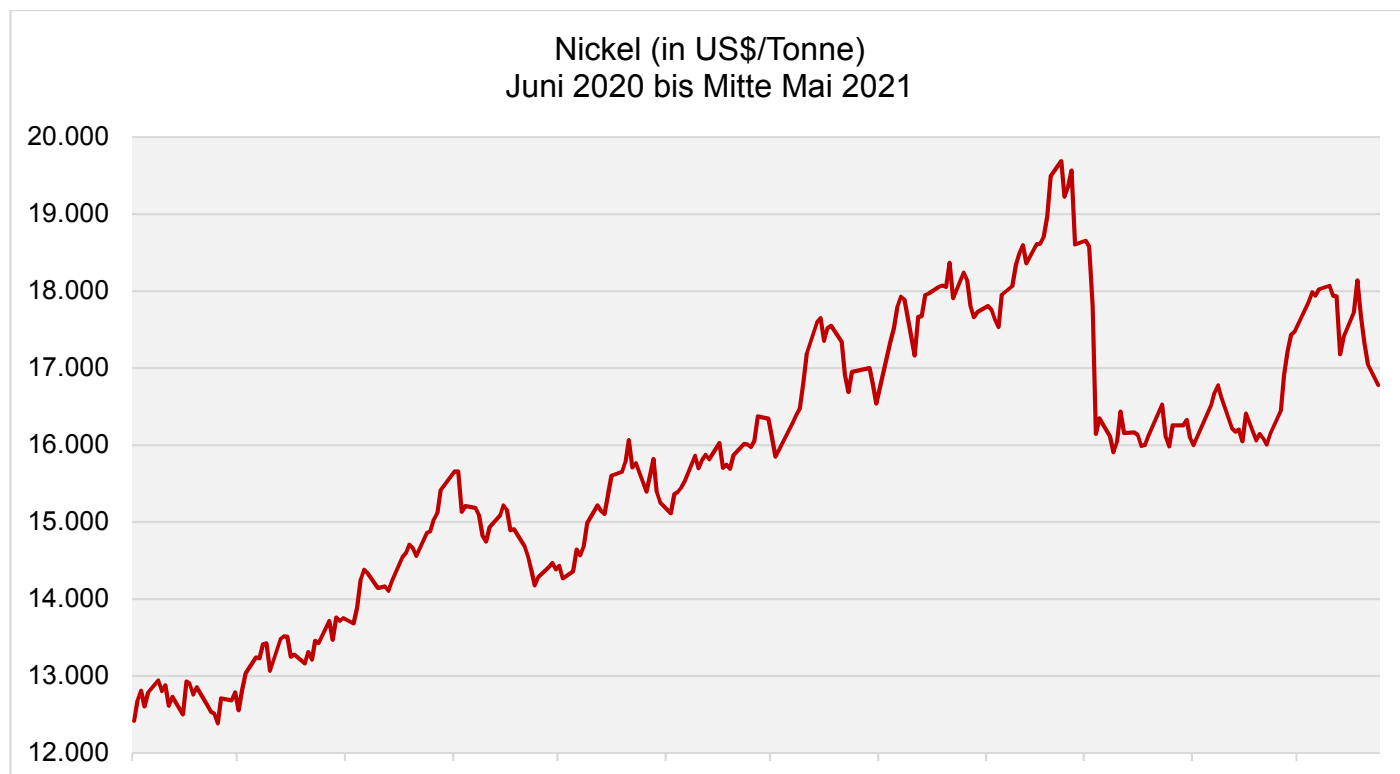
Ende April lief der **Insolvenzschutz** für pandemiegeplagte Unternehmen aus. Während Insolvenzexperten das begrüßten, hagelte es aus der Restaurations- und Reisebranche Kritik. Man glaubt an eine Pleitewelle von über 25.000 Betrieben. Wirtschaftswissenschaftler glauben, dass „Zombie-Unternehmen“<sup>5</sup> nur mit Hilfgeldern am Leben erhalten werden, denn sie waren ohnehin nicht überlebensfähig. Anfang dieses Jahres wurde beschlossen, dass Unternehmenslenker vor der Insolvenzreife einen Stabilisierungs- und Restrukturierungsplan erstellen können. Dem müssen nicht alle Gläubiger, sondern nur die Mehrzahl der Gläubiger zustimmen. Auf jedem Fall bleiben viele Gläubiger auf einem Berg unbezahlter Rechnungen sitzen.

### **Stahl-, Edelstahl- und Rohstoffmärkte**

Wohin wir schauen, sämtliche **Rohstoffpreise** sind rasant gestiegen und damit verbunden sind Lieferengpässe entstanden. Als Beispiel Berlin, wo ein neues Bürogebäude gebaut wird. Natürlich nach der teuersten Bauart – aus Holz. Das aber ist knapp geworden und deshalb wurde der Wirtschaftsminister Peter Altmaier aufgefordert, Holzexporte zu drosseln. Viele Vorprodukte, die deutsche Unternehmen aus dem Ausland beziehen, stockten die Lieferungen, kamen mit erheblichen Verspätungen oder werden erst geliefert, wenn man (trotz vorliegender Verträge) nicht unerheblichen Preissteigerungen zustimmt. Weil es den europäischen Edelstahlherstellern so „schlecht geht“ (Lieferzeiten von 1. Quartal 2022), legt die EU „eins drauf“ und kündigt Strafzölle für Edelstahl Rostfrei z.B. aus Indonesien an. Es soll auch Materialien betreffen, die bereits in den Häfen liegen und auf Verzollung warten. Das verträgt keine Kalkulation der Importeure und Insolvenzen sind vorprogrammiert. Somit werden die Edelstahlhersteller geschützt (obwohl es keinen einheimischen Produzenten gibt) und die stahlverarbeitende Industrie belastet. Daraus resultieren steigende Preise, was Kaufkraft kostet und nach der Pandemie die aufsteigende Wirtschaft bremst. Dass aktuelle Rekordpreise grüne Technologien (z.B. Windkraftanlagen) deutlich verteuert, versteht sich von selbst. Historisch gesehen sind steigende Rohstoffpreise in der Regel Resultat einer positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Hoffen wir, dass es auch dieses Mal so sein wird. Die Gewerkschaften werden das zum Anlass nehmen, höhere Löhne und Gehälter durchzusetzen. Unbeantwortet die Frage, wie die Notenbanken reagieren. Obwohl sich die Volkswirtschaften seit Ausbruch der Finanzkrise an billiges Geld gewöhnt haben, muss die EZB (die in ihrer Handlungsfähigkeit beschränkt ist) reagieren. Für hochverschuldete Länder (z.B. Italien) wären höhere Kapitalmarktzinsen Gift und würden den Zusammenhalt der Währungsunion gefährden.

---

<sup>5</sup> Hochverschuldetes Unternehmen, das nicht in der Lage ist, Zinsen für aufgenommene Kredite zu bezahlen.



Das Diagramm zeigt den Nickelpreisverlauf von Juni 2020 bis Mitte Mai 2021. Für Anleger macht es im Augenblick Sinn, auf **Nickel** zu setzen, was wiederum zu künftigen Ni-Preissteigerungen führen würde. Da die Förderquoten ebenfalls deutlich erhöht wurden und die Läger in London und Shanghai gut gefüllt sind, ist mit einem Nickel-Engpass in nächster Zeit nicht zu rechnen. Beim **Chrom** ist der Preis für das 2. Quartal 2021 fest fixiert und Veränderungen werden erst in der 2. Hälfte Juni bekanntgegeben. **Molybdän** hat sich dem Nickelpreis der jüngsten Vergangenheit angepasst und ist ebenfalls deutlich gestiegen. Eine Veränderung nach unten ist nicht zu erwarten. Die meisten Rohstoffpreise werden in US\$ abgeschlossen. Die derzeitige Währungsrelation ist ebenfalls keine Bremse.

Fazit für die Legierungszuschläge: Juni und Juli – steigend!

### Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand	dt. Kassapreis
	€ / US-\$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME to	Nickel €/100 kg
02.01.2019	1,1448	10.440	10.530	206.400	915
02.01.2020	1,1213	14.075	14.165	153.318	1.258
04.01.2021	1,2296	17.344	17.403	247.980	1.410
01.02.2021	1,2136	17.807	17.855	248.856	1.475
01.03.2021	1,2075	18.655	18.675	250.584	1.549
01.04.2021	1,1744	16.001	16.048	259.182	1.363
04.05.2021	1,2073	17.861	17.885	261.996	1.486
21.05.2021	1,2215	17.047	17.083	250.296	1.398



### Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2020		2020		2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	04/20	557	06/20	609	620	701	758	823	821	835	↑					
4301	05/20	1.278	12/20	1.516	1.594	1.720	1.851	1.853	1.786	1.854	↑					
4404	05/20	1.852	12/20	2.175	2.270	2.421	2.621	2.650	2.543	2.660	↑					
4509	09/20	689	06/20	739	761	846	898	961	961	974	↑					
4521	09/20	905	03/20	1.058	1.046	1.138	1.232	1.340	1.322	1.363	↑					
4539	05/20	3.272	12/20	3.975	4.128	4.355	4.724	4.726	4.508	4.742	↑					
4571	05/20	1.876	12/20	2.209	2.305	2.462	2.666	2.693	2.584	2.701	↑					

### Legierungszuschläge Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2020		2020		2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	04/20	669	06/20	730	742	841	911	988	988	1.003	↑					
4301	05/20	1.534	12/20	1.819	1.910	2.064	2.222	2.224	2.146	2.226	↑					
4310	05/20	1.442	12/20	1.692	1.780	1.926	2.075	2.084	2.017	2.090	↑					
4404	05/20	2.222	12/20	2.610	2.722	2.905	3.146	3.181	3.054	3.193	↑					

### Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2020		2020		2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021	2021
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	03/20	280	12/20	320	380	410	440	450	460							
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	03/20	850	12/20	1.190	1.300	1.430	1.370	1.380	1.390							
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	04/20	1.300	12/20	1.650	1.740	1.860	1.800	1.850	1.870							

\*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

In eigener Sache:

Unser Werkstoff der Güte GANG 430 RE wurde am Markt gut aufgenommen. Nähere Informationen finden Sie unter [www.kgw.nrw](http://www.kgw.nrw).

**Das KGW-Team**